

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Landesmitgliederversammlung (beschlossen am: 10.11.2020)

Titel: Still Not Loving Polizeigesetz NRW

Antragstext

1 Still Not Loving Polizeigesetz NRW

2 Nach dem freiheits- und grundrechtsfeindlichen Neuen Polizeigesetz NRW, das im
3 Dezember 2018 mit den Stimmen von CDU, FDP und SPD verabschiedet wurde, plant
4 die Landesregierung mit dem 7. Änderungsgesetz zum Polizeigesetz NRW erneut eine
5 Verschärfung des Polizeirechts.

6 Bodycams? Nein Danke!

7 Eine Maßnahme, die durch das neue Polizeigesetz in Kraft treten würde, wäre die
8 Verwendung von Bodycams. Diese sollen unbefristet in das Repertoire der Polizei
9 NRW aufgenommen werden und sollen unter anderem Polizist*innen ein stärkeres
10 Gefühl von Sicherheit vermitteln.

11 Ein weiterer Effekt wäre, dass die Kameras etwaiges Fehlverhalten der Polizei
12 dokumentieren würde. Dies könnte bei der Strafverfolgung von Polizist*innen eine
13 erhebliche Hilfe darstellen.

14 Das Kernproblem aber, dass Polizist*innen weiterhin gegen Kamerad*innen und
15 Kolleg*innen ermitteln müssten, bleibt dadurch allerdings bestehen. Deshalb
16 bleibt eine höhere Aufklärungsquote bei polizeilichen Gewaltdelikten weiterhin
17 fraglich.

18 Denn selbst bei aktuellen Fällen von Polizeigewalt, landet nur ein geringer Teil
19 vor Gericht, da Polizist*innen immer noch gegen Kolleg*innen und Freund*innen

20 ermitteln müssten. Der Einsatz von Bodycams wird daran auch nichts ändern.

21 Weiterhin entscheiden allein die jeweiligen Polizist*innen, wann, wo und wie
22 gefilmt wird und was ungefilmt bleibt.

23 Da die Videosequenzen nie das gesamte Geschehen überblicken können und sich auf
24 den gespeicherten Sequenzen oft nicht der gesamte Geschehensablauf findet,
25 sondern meist eine verkürzte Version, besteht die Gefahr, dass durch Bodycams
26 verzerrte Bilder ihren Weg in die Gerichte finden, anstatt für eine höhere
27 Aufklärungsquote zu sorgen.

28 Ein weiteres großes Problem ist, das die Polizei dadurch die Möglichkeit hat
29 große Mengen von Daten zu sammeln. Menschen, die gefilmt worden sind haben dabei
30 allerdings keinen Anspruch auf Sichtung des Videomaterials. Dabei werden
31 zwangsläufig auch Dritte gefilmt und ihre Gesichter zusammen mit der
32 Information, an welchem Ort sie sich wann aufhielten auf Polizeirechnern
33 gespeichert.

34 Der Preis für Bodycams, die unsere Freiheit einschränkt und unsere Grundrechte
35 tangieren ist für ein fadenscheiniges Sicherheitsgefühl für Polizist*innen zu
36 hoch! Wir bezweifeln, dass sie das Bedürfnis der Beamt*innen nach Sicherheit
37 erfüllen können. So besagt beispielsweise der Abschlussbericht der
38 Evaluationsstudie zum Bodycameinsatz in NRW, dass Bodycams nicht mehr Sicherheit
39 für Polizist*innen bringen.

40 Bodycams sind also weder zum Schutz von, noch zum Schutz vor Polizist*innen
41 dienlich.

42 Es muss also andere Wege zur Gewaltprävention seitens der Polizei geben.

43 Die GRÜNE JUGEND NRW fordert deshalb die sofortige Wiedereinführung der
44 Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen und unabhängige Beschwerde- und
45 Ermittlungsstellen für Opfer von Polizeigewalt und polizeilicher Willkür.

46 **Gegen Fixierungen im Polizeigewahrsam!**

47 Weiterhin soll das Gesetz Fixierungen im Polizeigewahrsam regeln.

48 Während wir zunächst begrüßen, dass die Landesregierung diese nun endlich unter
49 Gesetzesvorbehalt stellt, lehnen wir den Einsatz von Fixierungen als Maßnahme im
50 Polizeigewahrsam ab.

51 Auch nehmen wir besorgt zur Kenntnis, dass längerfristige Fixierungen durch
52 eine*n Richter*in angeordnet sein müssen, kurzfristige jedoch nicht. Wir
53 fordern, dass jegliche Fixierungen, egal wo, egal wie lang, immer unter
54 Richter*innenvorbehalt stehen müssen!
55 Dieser muss sofort erfolgen, sollte das nicht möglich sein, ist ein
56 Richter*innenvorbehalt unverzüglich nachzuholen.

57 Fixierungen, v.a. sogenannte 7-Punkt- und 5-Punkt-Fixierungen zählen zu den
58 schwersten Grundrechtseingriffen überhaupt und bergen ein großes
59 gesundheitliches und psychisches Gefährdungspotential, gerade bei dem Einsatz von
60 Fesseln aus Metall.

61 Bei jeder Anwendung von Fixierungsmaßnahmen braucht es daher die sachgerechte
62 Anwendung und Behandlung, sowie eine stetige Überwachung durch medizinisches und
63 psychologisches Fachpersonal vor Ort.

64 Dies kann nicht im Polizeigewahrsam sichergestellt werden.

65 Daher fordert die GRÜNE JUGEND NRW ein sofortigen Stopp jeglicher Fixierungen in
66 Polizeidienststellen.

67 Sowohl der Einsatz von Bodycams, als auch Fixierungen im Polizeigewahrsam
68 stellen weitere autoritäre Verschärfungen und einen Eingriff in Freiheits- und
69 Persönlichkeitsrechte dar.

70
71 Die neusten Verschärfungen stehen nicht in einem luftleeren Raum, sondern sind
72 eingebettet in eine Vielzahl von Rechtsverschärfungen bis hin zum in Teilen
73 verfassungswidrigen Gesetzespaket von 2018.

74 Wir lehnen jede Polizeirechtsverschärfung ab und fordern die Landesregierung
75 auf, einen Politikwechsel einzuleiten hin zu einer Innenpolitik, die unsere
76 Freiheit schützt, anstatt sie für vermeintliche Sicherheit zu beschneiden.
77 Dazu gehört auch, dass eine Rechtsgrundlage für Einweisungen in leerstehende
78 Wohnungen ins PLG NRW Einzug erhält.

Begründung

erfolgt mündlich

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Landesmitgliederversammlung (beschlossen am: 10.11.2019)

Titel: Die Revolution der Bildungsarbeit

Antragstext

1 Für uns stellt die Bildungsarbeit einen elementaren Schwerpunkt in unserer
2 Arbeit dar. Als politischer Jugendverband ist es unser Anliegen, jungen Menschen
3 die Möglichkeit zu geben verschiedene Meinungen ausbilden zu können und diese
4 immer wieder kritisch reflektieren, anpassen und verändern zu können. Dies
5 stellt eine dauerhafte Aufgabe unseres Verbandes dar und stellt uns immer wieder
6 vor neue Herausforderungen. Gerade durch den aktuell großen Mitgliederzuwachs
7 ist es enorm wichtig, dass wir regelmäßig Bildungsveranstaltungen und
8 Diskussionsräume eröffnen. Es kann nicht von Neumitgliedern erwartet werden,
9 genau den gleichen Wissensstand in Debatten, die schon jahrelang in der Grünen
10 Jugend diskutiert werden, wie von einem Menschen der schon seit vielen Jahren
11 aktives Mitglied ist. Dabei ist es für Neumitglieder besonders wichtig, Fehler
12 machen zu dürfen und auf ein Umfeld zu treffen, welches Hilfestellungen und
13 andere Perspektiven eröffnet.

14 Hauptaufgabe unserer Bildungsarbeit muss es dementsprechend sein, die
15 politischen Ziele, Werte und Grundsätze der GRÜNEN JUGEND zu vermitteln und
16 Menschen zu ermächtigen, mündige Entscheidungen für die Mitgestaltung der
17 Zukunft treffen zu können.

18 In den letzten Jahren wurden die Mittel für Bildungsarbeit meist nicht
19 ausgeschöpft. Wir arbeiten also im Bildungsbereich unter unseren finanziellen
20 Möglichkeiten. Dies wollen wir ändern. Wir wollen eine hochwertige
21 Bildungsarbeit ermöglichen, die uns als Verband auch etwas Kosten darf.

22 Derzeit ist das Bildungsgremium bestehend aus Landesvorstand und
23 Arbeitskreiskoordinierenden für die Planung des Bildungsprogramms zuständig. Es

24 hat sich in den letzten Jahren gezeigt, dass diese Struktur nicht ausreicht um
25 oftmals relativ neuen Mitgliedern, die Arbeitskreise koordinieren das nötige
26 Handwerkszeug an die Hand zu geben um erfolgreich Seminare zu organisieren.
27 Umgekehrt fehlt es an klaren Regeln in Bezug auf die finanziellen Aspekte einer
28 Bildungsveranstaltung.

29 Ein weiteres Problem ist die Kürze der Zeit. Direkt nach der LMV im Herbst
30 beginnt der neue Landesvorstand und auch die neuen Arbeitskreis-Koordinierenden
31 sich zu orientieren und zu konstituieren. Diese Zeit ist absolut nötig um sich
32 aneinander zu gewöhnen und die neuen Aufgaben in Angriff zu nehmen. In dieser
33 Zeit muss auch das Bildungsgremium tagen um das Bildungsprogramm des nächsten
34 Jahres zu planen.

35 Dies führt allerdings dazu, dass Bildungsveranstaltungen maximal ein Jahr im
36 voraus geplant werden. Meist deutlich weniger. Zudem sind hochwertige
37 Bildungsveranstaltungen mit hochkarätigen Referierenden im ersten Halbjahr
38 praktisch unmöglich. Da Referierende so kurzfristig keine Zeit haben.

39 Auch größere Veranstaltungen wie Reisen oder Konferenzen brauchen nicht nur
40 wegen des hohen Orga-Aufwands mehr Zeit. So braucht beispielsweise ein
41 entsprechender Förderantrag meistens mehrere Monate bis dieser bewilligt ist.

42 Wir brauchen also eine neue Struktur, die Planungshorizonte zulässt, die nicht
43 mehr auf ein Jahr begrenzt sind, sondern den Nährboden schafft, auch größere
44 Projekte organisatorisch und finanziell zu verwirklichen.

45 Die GRÜNE JUGEND NRW ist davon überzeugt, dass der Grundstein des Wissens und
46 der Veränderung im Heute gelegt werden muss, um die emanzipatorische
47 Gesellschaft von morgen zu ermöglichen.

48 Deshalb wollen unsere Bildungsarbeit stärken und daher einen Prozess starten,
49 der die Bedürfnisse und Möglichkeiten der Bildungsarbeit im Landesverband
50 evaluiert und

51 an dessen Ende eine bessere klarere und effektivere Verteilung der Aufgaben
52 steht. Dabei sollen auch die Umstrukturierung von Gremien in Erwägung gezogen
53 werden. So soll auf den Erfahrungsschatz der durch den Perspektivenprozess im
54 Bundesverband entstanden ist zurückgegriffen werden. Dazu wird der
55 Landesvorstand gemeinsam mit den AK-Koordinierenden und weiteren interessierten
56 Mitgliedern Satzungsänderungen erarbeiten, die sich an folgenden Zielen
57 orientieren:

58 :

59 1. längerfristige Planung von Bildungsarbeit

60 1. Themenvielfalt in der Bildungsarbeit stärken

61 1. transparente Regelungen zur Finanzierung von Bildungsveranstaltungen
62 durchsämtliche Gremien und Strukturen der GJ NRW

63 1. Die Mitglieder haben die mittelbare Kontrolle über die Bildungsarbeit

64 1. Einer neuen und transparenteren organisation von Bildungsarbeit

65 1. qualitativ bessere Bildungsarbeit

66 1. regelmäßige Bildungsarbeit

67

68 8. sinnvolle verbandsinterne Kooperation in der Bildungsarbeit

69 8. Ein diverses Angebot in der Art und Weise der Bildungsarbeit zu

70 schaffen, welches eine gute Balance zwischen Theorie und Praxis findet und

71 dabei nicht vergisst, dass die Grüne Jugend auh der Freizeitgestaltung

72 dient, denn die Bildungsarbeit kann mehr als Lesekreise.

73 Dieser Prozess sollte bis zur Frühjahrs-, spätestens zu Sommer-LMV nächsten
74 Jahres abgeschlossen werden. Bis dahin gelten die bisherigen Regelungen weiter
75 sodass die Planungen für 2020 davon nicht gefährdet werden.